

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.- Mk., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unser Streifenbezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Rußlands 76.- Mk., für das übrige Rußland 94.- Mk.

Die gegenständliche Monarchiezeile über deren Raum kostet 18.- Mk., einschließlich Inzeratentaxe. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 Mk., einschließlich Inzeratentaxe. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.- Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 80-152 89

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Bei der gemeinsamen Demonstration aller sozialistischen Parteien und Gewerkschaften hat sich gezeigt, daß das gesamte Klassenbewusste Proletariat in geschlossener Front aufmarschierte gegen die Feinde der Republik. Ebenso geschlossen haben die Vorstände der drei sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen in gemeinsamer Beratung ein Aktionsprogramm aufgestellt, zu dessen Durchführung sie sich einmütig verpflichtet haben.

Den Mörderorganisationen der Nationalisten muß ein schnelles Ende bereitet werden durch Maßnahmen, die jede monarchistische Agitation unmöglich machen. Dem Terror von rechts, der den Bestand der deutschen Republik gefährdet, muß die ganze Macht der Arbeiterschaft entgegengesetzt werden. Seit der Revolution haben wir Opfer um Opfer fallen. Immer wieder haben wir in den letzten Jahren unsere warnende Stimme erhoben. Leider vergeblich! Der Ermordung zahlloser revolutionärer Sozialisten folgte die Ermordung bürgerlicher Republikaner. Neue Opfer werden fallen, wenn nicht endlich das Proletariat sich einmütig, stark und geschlossen erhebt und

rücksichtslos die Organisationen der Konterrevolution beseitigt

Alle monarchistischen Elemente müssen aus der Verwaltung der Republik schonungslos entfernt und der monarchistischen Agitation muß begegnet werden durch Verhaftung der nationalistischen Heher, durch Unterdrückung der zum Morde aufreizenden Presse. Ein Staatsgerichtshof, der nur aus zuverlässigen Republikanern besteht, muß diese Maßnahmen vollstrecken. Die deutsche Republik muß in allen Teilen des Reichs Organe haben, die unabhängig von reaktionären Landesregierungen den Willen des deutschen Volkes durchführen. Die als Opfer einer reaktionären Klassenjustiz in Festungen, Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden, die im Kampfe für die Republik und gegen die monarchistische Konterrevolution der Freiheit beraubt worden sind, müssen sofort freigelassen werden.

Eine umfassende Amnestie

muß allen politischen Gefangenen die Kerktore öffnen. In diesen Zielen einig, haben die Arbeiterorganisationen, jetzt auch einig im Weg, beschlossen in gemeinsamer Aktion ihre ganze Kraft einzusetzen, einen wirklichen und wirksamen Schutz der Republik durchzusetzen.

Aber die parlamentarische Aktion allein genügt durchaus nicht. Unsere gesamte Parteiorganisation muß den Kampf aufnehmen, ihren ganzen Einfluß in Stadt und Land, in Werkstatt und Fabrik auszubieten, um zunächst die Republik zu sichern.

Parteigenossen! Seid wachsam! Seid bereit!

Jede Stunde kann neuer Eingreifen erfordern! Unter keinen Umständen darf diese Aktion wiederum scheitern! Ihr Erfolg ist verbürgt, wenn wir einig bleiben! Der geschlossenen Reaktion stellen wir entgegen

die geschlossene Kraft des sozialistischen Proletariats!

Unsere Partei, erprobt in Krieg und Revolution, ruft euch auf, in dieser entscheidenden Stunde, gemeinsam mit den anderen sozialistischen Parteien und den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten den jetzt entbrannten Kampf durchzuführen!

Berlin, den 28. Juni 1922.

Die Zentralleitung

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der erste Schritt

Zu den sozialistisch-freigewerkschaftlichen Forderungen

Die überwältigenden Kundgebungen der deutschen Arbeiterklasse zum Schutze der Republik haben aller Welt bewiesen, was für ungeheure Kräfte hinter der republikanischen Staatsform stehen. Der Arbeiter ist in Bewegung geraten. Die Reaktionäre aller Gattungen haben mit der ihnen eigenen politischen Witterung den Ernst der Lage erkannt und sie stehen alle wieder einmal auf dem bekannten Boden der gegebenen Verfassung. Freilich solche demagogischen Tricks werden diesen Herrschenden diesmal nicht viel nützen. Womit die Arbeiterklasse noch im November 1918 teilweise betört werden konnte, das alles verfährt heute, nach den bitteren Erfahrungen, nicht mehr. Die Arbeiterschaft kennt ihre Feinde, sie weiß von ihrer Gefährlichkeit, ganz gleich in welchem Gewande sie sich zeigen. Und sie verlangt endlich, daß die Republik die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte nicht wieder — wie schon so oft — vor den Kopf stößt, sondern ihrem Willen und Verlangen endlich Rechnung trägt. Wenn wir eine Republik haben, dann muß sie jetzt zeigen, daß sie da ist. Tut sie es nicht, so wird ihre beste Stütze ihr Feind.

Die drei sozialistischen Parteien haben mit der stärksten sozialen Macht in Deutschland, mit den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, der Regierung den Weg gezeigt, der unbedingt gegangen werden muß. Wir wissen, daß es nicht das erste Mal ist, wo Forderungen der Arbeiterklasse an Regierung und Reichstag gestellt werden. Auch diesmal stehen die Forderungen vorläufig noch auf dem Papier. Aber die Tatsache allein, daß die Forderungen gleichzeitig verbunden sind mit einem Appell zur absoluten Einigkeit und geschlossenen Disziplin aller Arbeiter und Angestellten, läßt die berechtigte Hoffnung aufkommen, daß es diesmal nicht bei der bloßen Aufstellung von Forderungen sein Bewenden

haben dürfte. Wehe denen, die durch ihr Verhalten diesen Willen mißachten.

Die Forderungen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen bilden eine notwendige und wichtige Ergänzung zu der äußerst mangelhaften und sehr verfälglichen Regierungsverordnung. Besonders die Frage des Staatsgerichtshofes und seine Zusammenfassung ist durch die Forderungen der Arbeiterklasse erst zu einer Frage des wirklichen Schutzes der Republik geworden. Eine andere notwendige Ergänzung der Regierungsverordnung erblicken wir in der Forderung nach einer politischen Amnestie für alle Republikaner einschließlich der bestrafte Eifenbahner. Schon allzulange hat die Republik hier versagt und sie bekommt durch die Arbeiterforderungen die beste Gelegenheit, wenigstens einen Teil der durchaus berechtigten Unzufriedenheit mit der Justiz abzutragen. Besonders wichtig aber ist der Appell an die internationale Arbeiterbewegung, die deutsche Arbeiterklasse in ihrem schwereren Kampfe gegen die Reaktion zu unterstützen. Wir wissen, wie die Treibe-reien der Nationalisten in Deutschland ihren Gesinnungsbrüdern im Ausland das Wasser auf die Mühle treiben und damit die sogenannte Erfüllungspolitik immer mehr belasten und erschweren. Besonders in der Hinsicht ist die gewaltige Kampfansage der deutschen Arbeiterklasse an die Reaktion von großer innen- und außenpolitischer Tragweite, wofür die Republik schon allein die Pflicht hätte, den Willen der Arbeiter zu respektieren.

Der erste Schritt ist jetzt vom Proletariat getan. Es kann und darf bei ihm nicht bleiben, das wissen wir und alle, die hinter den Forderungen stehen. Aber wir wissen auch ebenso: Geschlossenheit und Disziplin ist die erste Voraussetzung, um dem ersten Schritt auch weitere Taten folgen zu lassen. Wird jetzt wieder einmal alles beim alten gelassen, so sind die Folgen unabsehbar.

Das Kernproblem

Die innere Verwaltungsreform
von Dr. Herz Spandau.

Unter dem ersten Eindruck der Ermordung Rathenau's schrieb ein französisches Blatt: „Alle Demokraten werden auf die Reihe kommen. Da die gegenwärtige deutsche Regierung keine Macht über die Polizeibeamten und die anderen Beamten besitzt.“ Die Bemerkung trifft den entscheidenden Punkt der gegenwärtigen Situation. Nicht nur jeder Demokrat als Person, sondern die Demokratie als bestimmende Idee des öffentlichen Lebens geht zum Teufel, wenn die Demokratie den Verwaltungsapparat nicht in die Hand bekommt. Wir stehen geradezu an einem entscheidenden Punkte der deutschen Entwicklung.

Das Grundproblem aller Demokratie ist die Herrschaft über die Verwaltung. Der Gang der deutschen Arbeiterbewegung macht es erklärlich, wenn in der Vorkriegszeit alle Kraft auf die Demokratisierung der Gesetzgebung, auf das allgemeine Wahlrecht gerichtet wurde. Als am 9. November 1918 den Arbeitern das Wahlrecht in den Schoß fiel, merkten sie sofort, daß es nicht, oder jedenfalls allein das Zeichen ist, in dem sie siegen können, daß ein noch so demokratisches Parlament noch nicht die Herrschaft über den Staat gewährleistet. Diese Empfindung, aus der sich die heftigen Kämpfe um Diktatur und Demokratie entwickelten, war völlig zutreffend.

Die parlamentarische Demokratie verfährt leicht zu einer Ueberhöhung des Einflusses der Gesetzgebung und gläubt, vom Parlament aus und seinen Beauftragten, den Ministern, die Umstellung der Verwaltung und Wirtschaft herbeiführen zu können. Der Parlamentarismus ist daher, wie Frankreich, aber auch die jüngste Entwicklung in Preußen zeigt, der kommunalen Demokratie, die als örtliche Selbstverwaltung die Bürokratie von unten aus zu beherrschen sucht, wenig günstig gesinnt. Da die parlamentarischen Minister sich des unveränderten alten Staatsapparats bedienen, führt ihr System zur Stärkung dieses alten Apparats und zur Schwächung aller Selbstverwaltungskörper, die außerhalb der unmittelbaren Einflusssphäre der alten Bürokratie stehen.

Das politische Ideal des kämpfenden Bürgertums des Vormärz war die Beseitigung der konzentrierten Staatsbürokratie und die Dezentralisation der Verwaltung durch Uebertragung der örtlichen Staatsfunktionen auf die Gemeinden. Der ruhige Gang der englischen Entwicklung, die sich neuen wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten rechtzeitig anpaßt und Veraltetes abstreift, findet gerade ihre Erklärung in der weitgehenden Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten durch die örtlichen Verbände. In Preußen-Deutschland dagegen hat die von fürstlichen Absolutismus geschaffene und abhängige Bürokratie ausschließlich das Heft in den Händen gehabt und hat mit dem Fürsten als gottgewollten Mittelpunkt ein zentralisiertes Verwaltungssystem geschaffen, das die Hegelsche Philosophie als die theoretisch allein denkbare Staatsform ideell verklärte. Diese Ideologie beherrscht heute noch die deutschen Politiker bis tief in die sozialistischen Reihen hinein. Sie zeigte im Kriege eine geradezu erstaunliche Kraft, wie die ganz schwierige Literatur des Kriegsozialismus zeigt.

Man muß sich gerade im gegenwärtigen Augenblick über eins völlig klar sein: Alle Versuche, die geschlossenen Organisationsgebilde der preussischen Verwaltung, in ihrer gegenwärtigen Verfassung, die Bezirksregierungen und Oberpräsidien mit demokratischem Geiste zu erfüllen, werden nicht zum Ziele führen. Ueber die politische Bedeutungslosigkeit der harmlosen sozialistischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten läßt kein vernünftiger Mehrheitssozialist im Privatgespräch einen Zweifel. Sie sind infolge der Unsicherheit in der technischen Handhabung des Apparats die Gefangenen ihrer Bürokratie. Aber auch der tüchtigste Oberpräsident wird sich gegen den Widerstand der Bürokratie nicht durchsetzen können, wenn er keine Stütze hat an einem aus dem Volke hervorgegangenen Vertretungskörper.

Die sozialistischen Kommunalbeamten, über die ganz un-wichtig auch manches Kritische zu sagen ist, haben einen Rückhalt an ihren Fraktionen, deren Tätigkeit sehr tief in das innere Verwaltungsgebilde hineingreift. Die sozialistischen Staatsbeamten stehen völlig einsam innerhalb einer noch Herkunft, Erziehung und Gesinnung geschlossenen Bürokratie, die sich von der Öffentlichkeit durch turmhohe Mauern abgeperrt hat. Die preussische Bürokratie hat den Zusammenbruch von Jena, das „wilde Jahr“ 1818 und die Novemberrevolution überlebt. Sie paßt sich äußerlich an, aber sie wechselt nicht innerlich ihre Gesinnung. Schillers Wort gilt von ihr:

Die fremden Eroberer kommen und gehen.
Wir gehorchen, aber wir bleiben stehen.

Kögt man die organisatorischen Grundlagen der preussischen Verwaltung unangetastet — die Verwaltungspolitik Sederings wie auch des Herrn Drews ist bewußt auf dieses Ziel gerichtet — werden die Reaktionskräfte in der Verwaltung unverändert ihre Tätigkeit fortsetzen können — und die sozialistischen Minister kommen und gehen und niemand weiß, wo ihre Spur geblieben ist.

Es ist selbstverständlich erforderlich, daß man Funktionäre der Arbeiterchaft in die Verwaltung hineinbringt. Hoffentlich ist man künftig in der Wahl der Männer vorfichtig und beruft nur Leute, die politische Urteilsfähigkeit mit verwaltungstechnischen Kenntnissen verbinden und sich nicht von jedem Geheimrat oder Bürodirektor einwickeln lassen. Will man aber mehr wie Tagesarbeit leisten und der Republik die innere Festigkeit geben, die sie zurzeit nicht besitzt, muß man das ganze Gefüge unserer absolutistischen Verwaltung von unten aus umbauen. Dreimal ist in Preußen dieser Versuch gemacht: 1808, 1848 und in den sechziger Jahren. Dreimal ist er mißlungen, weil die vorwärtstreibenden Kräfte sich am Widerstande des Feudalismus und der Bürokratie brachen.

Alles kommt darauf an, ob die Kraft der Massen und — was freilich auch nötig ist — die Klarheit der Führer reicht, um ein Organisationsprogramm für die innere Verwaltung zu schaffen. Erst wenn die Ziele formuliert werden — grundsätzlich und umfassend, aber in scharfer, praktischer, durchführbarer Ausprägung — und die gesammelte Kraft der Arbeiterchaft dafür eingesetzt werden, wird es möglich sein, an Stelle der preussischen „Monarchie“ den preussischen „Freistaat“ zu setzen und das jahrhundert alte Volkwerk der europäischen Reaktion völlig zu beseitigen.

Die Kundgebungen im Reiche

Hof i. Bayern, 28. Juni (Eigenmeldung)

12 000 Arbeiter hatten sich am Dienstag nachmittag in dem großen Hofe der Schillerstraße versammelt, um gegen die Reaktion und ihr Mordsystem zu demonstrieren. Es sprachen gleichzeitig zwei Redner, Reichstagsabg. Genosse Seidel für die USPD, und Genosse Mahr für die SPD. Die Empörung der Versammelten machte sich des öfteren durch laute Entrüstungsrufe Luft. Mit dem Gelächter, treu für die Republik einzustehen, endete die Versammlung. Die Massen formierten sich zu einem gewaltigen Demonstrationzug, der sich dann in der Altstadt auflöste.

Danzig, 28. Juni (Eigenmeldung)

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen die auftretende Reaktion gestaltete sich eine am gestrigen Abend im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus von der USPD einberufene öffentliche Volksversammlung, die von über 2000 Personen besucht war. Hunderte von Personen wurden wegen Ueberfüllung des Versammlungslokales umkehren. Die Versammlung nahm zu den Vorgängen in Deutschland, wie im Freistaat Stellung. Es sprach Volksstabsabgeordneter Genosse Mau. In Danzig konnte Anknüpfungspunkte vor wenigen Tagen noch in einer öffentlichen Versammlung eine Pogromstimmung gegen die deutsche Reichsregierung, gegen Juden und gegen die sozialistische Arbeiterchaft entfachen und sogar zum Mord an Rathenau auffordern. Anknüpfungspunkte sprach in Danzig von Rathenau als von einem Saurjuden, der sich durch seine Ministerialität selbst Verfaulung verschafft.

Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Wittenberg, 27. Juni

Machtvolle Kundgebung aller sozialistischen Parteien, des freigewerkschaftlichen Ortsrates und des Abundes. Die Demonstration verlief in völliger Ruhe, die Ordnung war musterhaft.

Wetzlar, 27. Juni

Heute überwältigende Demonstration. Hüttenwerke, Porzellanwerke, Holzwerke, Kalkbrennerei und Eisensteingruben hatten ihre 8000 Arbeiter und Angestellten aufmarschieren lassen. Auch hatte sich ein großer Teil Bürger der Demonstration angeschlossen.

Wien, 28. Juni (Eigenbericht)

Zu einer wichtigen Demonstration gestaltete sich der heutige Tag. Arbeiter, Angestellte und Beamte, aufgerufen von den sozialistischen Parteien und republikanischen Verbänden, waren in einer derartigen Masse auf den Platz getreten, wie sie Wien noch nicht gesehen hat. Für unsere Partei sprach Genosse Kemik.

Forderungen der Arbeiterchaft

Die Ermordung Rathenaus in Verbindung mit den nationalistischen Hebereien hat alle Arbeiter und Angestellten in begriffliche Erregung versetzt. Aus vielen Betrieben in Berlin und aus dem Reiche gehen uns Resolutionen zu, in denen von den Arbeiterorganisationen und der Regierung endlich Taten gegen die Reaktion verlangt werden. So vom Zentralrat und den Gruppenräten der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Großberlins, von den Arbeitern und Angestellten des Messingwerkes Neudendorfer und anderer Organisationen und Großbetrieben. Wir sind leider wegen des beschränkten Raumes in unserem Blatte nicht in der Lage, alle Resolutionen abzudrucken, die sich überdies zumeist in dem Rahmen der bekannten Forderungen aller sozialistischen und freigewerkschaftlichen Organisationen bewegen.

Bayern gegen das Reich

München, den 28. Juni

Im bayerischen Landtag kamen heute die Interpellationen der Bayerischen Volkspartei und der deutschnationalen Mittelpartei gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik zur Verhandlung. Während der Begründung der Interpellationen durch den Abgeordneten Stang (Bayer. V. P.), der sehr scharf gegen die Verordnung sprach und sie als ein Mittel zur Erschütterung des Staates bezeichnete, kam es zu erregten Zwischenfällen, wobei ihm von der Linken zugerufen wurde: „Sie stehen hinter den Wärdern! Wie kann man sich zum Anwalt von Mördern aufwerfen?“ Stang führte besonders deshalb Klage, weil die Verordnung des Reichspräsidenten auch die ablehnten Beschimpfungen des Genossen Eisner, die in Bayern beliebt werden unter Strafe stellt.

Recht sonderbar nahm sich die Antwort des Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld aus. Er sagte, die Bayerische Regierung habe sich auf die Nachricht von der Ermordung Dr. Rathenau sofort mit dem Ersuchen nach Berlin gewandt, keine Verordnungen ohne vorhergehende Verhandlung mit den Länderregierungen zu erlassen. Gleichzeitig habe die Regierung zum Ausdruck gebracht, daß für Bayern kein Anlaß zu außerordentlichen Maßnahmen bestehe.

Lerchenfeld wandte sich hauptsächlich gegen jene Bestimmung der Verordnung, die die Ausdehnung des Schutzes auf die früheren republikanischen Regierungen und deren Mitglieder vorsteht. Gerade in Bayern könnte diese Bestimmung zu Strafverfolgungen führen, die dem allgemeinen Volksempfinden auf das schärfste widersprechen. Ihm mißfällt auch die Vorschrift über die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes und vor allem die beachtliche Begnadigung. Den Schutz der Republik hält Lerchenfeld für nebensächlich. Man solle sich vielmehr um die Erhaltung des Staates bemühen.

Abgeordneter Ufermann (Rechtssozialist) bezeichnete die Ausnahmeverordnung für notwendig, weil bisher die Einzelstaaten, namentlich die Justizbehörden in der Verfolgung strafbarer Handlungen gegen den Bestand der Republik durchweg versagt haben.

Unser Genosse Rüdich erhob gegen die Münchener Volkszeitung den Vorwurf, daß sie mit allen politischen Mördern Verbindung hat und sie beschützt. In Bayern sei zum Schutze der Republik nichts zu erwarten, weil der größte Teil der bayerischen Beamten sowie auch ein Teil der Minister ausgesprochene Monarchisten sind. Ganz und gar monarchistisch sei die Reichswehr in Bayern.

Miesbacher Leichenschändung

Wir lesen im „Miesbacher Anzeiger“ vom 27. Juni unter der Ueberschrift: Was liegt in der Luft?, folgende Hebevelst gegen den bereits toten Rathenau:

„Im Krieg war er — der tausendfache Millionär, der frühere Freund Kaiser Wilhelms, der heutige Freund des russischen Bolschewisten Nadel-Sobelsohn — der Begründer der Nihilistenverordnungen, der Mann, in dessen Namen die Kirchenluden fortgeholt wurden, die Herd- und Messingstangen und die Bligabelleiter. Nach dem Krieg sah er, wie so viele, sein Riesenkapital in Gefahr und schlug sich auf Seite derer, die mit ihrer Revolution vorgaben, das Kapital anzugreifen.“

Der Erfolg für ihn, sie und die Millionen war ersichtlich. Die großen Kapitalien blieben in den festen Händen der Großkapitalisten, und den Millionen Rathenaus waren Milliarden geworden. Der Milliardär als Führer eines verarmten, beschwunden und geschundenen Volkes?!!“

In diesem Tone geht's dann weiter: In der Luft liegt ein Linksputsch, denn die „Berliner Regierung treibt das Proletariat auf die Straße“, „man will auf Knufelns Befehl Krach machen“. „Der Milliardär ist tot, die Proleten sollen auf die Straße“. Das Gerede über einen Rechtsputsch sei „alles Unsinn“, wozu denn?

„Die Republik umbringen? Die bringt sich selbst um — und glaubt denn der arimigste Genosse, der eingeleitete Republikaner ernsthaft daran, daß in Bayern bei einem Bierpreis von 12 Mark die Freude an der Republik gehoben wird?“

Der „Miesbacher Anzeiger“, dessen Scham- und Taktgefühl ja längst zu den Duden geblieben ist, scheut nicht einmal davor zurück, die Leiche Rathenaus noch zu beschuldigen, um die Hebe gegen die Republik und ihre Vertreter durch Appelle an die niedrigsten Instinkte fortzusetzen. In der Tat, so lange sich eine Republik derartige Subjekte, wie den „Miesbacher Anzeiger“, gefallen läßt, hat sie die Verhöhnung, sie bringe sich selbst um, vollauf verdient!

Dr. Michelsen vor dem Reichsgericht

Leipzig, den 20. Juni

Vor dem Reichsgericht begann heute der Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen den Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe Dr. Oskar Michelsen aus Berlin-Wilmersdorf. Er wird von der französischen Regierung beschuldigt, in den Jahren 1917 und 1918 in den Lazaretten Esirn und Thronlon franke Kriegsgefangene mißhandelt oder deren Mißhandlung erduldet zu haben, und ferner in mehreren Fällen den Tod von Kriegsgefangenen durch fahrlässige Behandlung verschuldet zu haben. Außerdem soll er sich Unterschlagungen zu Ungunsten der französischen Bevölkerung haben zu Schulden kommen lassen. Die Anklage vertritt der Ober-Reichsanwalt Ebermeier, und der Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Schmidt. Es sind 34 deutsche und 14 französische Zeugen geladen, aber die französischen Zeugen sind nicht erschienen. Der Anklage zufolge waren die Verhältnisse in den Lazaretten, die Dr. Michelsen leitete, in sanitärer Beziehung recht mangelhaft, wie ihm auch zur Last gelegt wird, daß er über Gebühr Patienten zusammen-sperrte. Der Angeklagte läßt seinerseits die Mißstände in den Lazaretten als aus den Kriegsverhältnissen und der Haltung der französischen Bevölkerung entspringend, hinstellen, wie er auch weiter seine Behandlungsart als die gegebene, und die von ihm gestellten Diagnosen als richtig bezeichnete. Besonders wehrt er sich gegen den Vorwurf, als ob er Gegenstände, die er nicht ehrlich erworben habe, in Paketen nach Hause geschickt habe.

Bei der Vernehmung der Zeugen bzw. Sachverständigen erklärte Generalarzt Dr. Schneider, daß gescheitliche Charaktere gegenüber Patienten, wie sie in den dem Anzeigern unterstellten Lazaretten an der Tagesordnung waren, durchaus am Platze seien, eine Befundung, gegen die der Vorsitzende Einspruch erhob.

Die Weiterverhandlung wurde auf Donnerstag vertagt.

Herr Wehler berichtigt

Wir erhalten folgende Richtigstellung:

Richtigstellungen brauchen bekanntlich der Wahrheit nicht zu entsprechen. Wir wissen nicht, auf welche Informationen Herr Wehler seine Berichtigung basiert. Sie können nur von seinen Offizieren stammen. Und Behauptungen und Erklärungen von Offizieren begegnen ganz allgemein gewissem Mißtrauen.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes werden Sie um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht:

Es ist unrichtig, wenn Sie in Nr. 238 Ihrer Zeitung vom 28. Juni 1922 unter der Notiz „Provokation der Reichswehr“ melden, daß bei den Uebergabeverhandlungen in Oberschlesien Offiziere der Reichswehr schwarz-weiß-rote Fahnen und solche in den Preußenfarben geführt haben.

Richtig ist, daß die Reichswehr mit dem Flaggewechsel selbst nicht das geringste zu tun gehabt hat. Gemäß Abkommen hat das Einrücken der Truppen vielmehr 24 Stunden nach erfolgter Uebergabe und nach erfolgtem Flaggewechsel stattgefunden.

Wehler, Reichswehrminister.

Richtigstellungen brauchen bekanntlich der Wahrheit nicht zu entsprechen. Wir wissen nicht, auf welche Informationen Herr Wehler seine Berichtigung basiert. Sie können nur von seinen Offizieren stammen. Und Behauptungen und Erklärungen von Offizieren begegnen ganz allgemein gewissem Mißtrauen.

Waffenfunde in Braunschweig

Braunschweig, 28. Juni.

Am Montag erhielt Minister Rönneburg die Mitteilung, daß sich in Uthmannsdorf, Amt Kalbörde, ein verdecktes Waffenlager befände. Der Minister begab sich sofort mit einer Schutzabteilung an Ort und Stelle. Bei Durchsuchung der Genossenschaftsbrennerei wurden auf dem Boden ein Paket mit neuen Gewehrriemen, ein Gewehr, ein Seitengewehr und Munition gefunden. In der gegenüberliegenden Werkstätte wurden Maschinen-gewehrteile, Gewehrrohre und andere Gewehrteile entdeckt. In einem Schuppen lagerten etwa 120 Seitengewehre, auf dem Boden etwa die gleiche Anzahl. Gefunden wurden ferner eine Riste mit S.-Munition, Gewehrriemen und Lederteile für Maschinen-gewehre. Endlich wurden in einem Schuppen des Brenne-reibers walters unter dem gestampften Schuhboden 198 Gewehre jüngerer Größe gefunden. Auch an anderen Stellen des Dorfes wurden Stahlfelme, Seitengewehre sowie Uniform- und Ausrüstungsstücke gefunden. Im Auftrage der Regierung hat sich Staatsanwalt Dr. Bahnschraaf an Ort und Stelle begeben. Gleichzeitig sind vom Staatsministerium umfassende Sicherungsmaß-nahmen getroffen worden.

Daß es sich um Waffenlager der Gegenrevo-lution handelt, unterliegt keinem Zweifel. Denn niemand wird glauben wollen, daß vielleicht Kommu-nisten oder Linksradikale eine Genossenschaftsbrennerei als Waffenlager benutzen. Das „V. L.“ kon-statiert denn auch, daß das Amt Kalbörde, wo die Waffen gefunden worden sind, ein rein landwirtschaftlicher Kreis und daß die Bevölkerung deutschnational orientiert ist. Das Vorhandensein von Waffenbeständen in jenem Kreis wurde schon wiederholt gemeldet. Es wird sogar behauptet, daß in dem Bezirk Waffen und Ausrüstungsgegenstände zur Mobilisierung einer ganzen Divi-sion versteckt gehalten werden.

Der „Vorwärts“ und die gemeinsamen Arbeiterforderungen

Der gemeinsam von den drei sozialistischen Parteien in Verbindung mit den Vorständen des ADGB, und des Ab-bundes beschlossene Aufruf wird bemerkenswerterweise vom Berliner „Vorwärts“ nicht der Bedeutung entsprechend auf der Hauptseite des Blattes, sondern nur auf der zweiten Seite, und zwar mitten unter dem übrigen Text veröffentlicht. Außerdem fehlen die Unterschriften aller gesellschaftlichen und politischen Parteien, was seinem Verleihen entsprungen kann, denn sicher ist auch die irreführende Ueberschrift: „Die Forderungen der Gewerkschaften“ nicht ohne Absicht gewesen.

Eine Aufklärung erscheint uns jedenfalls sehr geboten. Um so mehr, als zwar die „Völkische Zeitung“ dem gemeinsamen Aufruf so große Bedeutung beimißt, um seine Wiedergabe an erster, auffälliger Stelle für notwendig zu halten.

Krummnasen, Rattenoder Wanzen und Rathenau

Nachdem Rathenau ruchlosen Mordtaten zum Opfer gefallen ist, bringt es die deutschnationale und deutschvölkische Norddeutsche Zeitung, mit heuchlerischen Worten die Untat zu „bedauern“ und die Hände in Unschuld zu waschen. Diese erbärmliche Heuchelei kann nicht genug an den Verräter gestellt werden. Eines der schmutzigsten Verbrechensstücke der deutschnationalen Mordelbender ist die in Stuttgart erscheinende „Mitteldeutsche Presse“. Ihr Redakteur, Hans Pottenrott, übertrifft an Frechheit wohl noch die berühmten Miesbacher Endelstrichen. Sein Blättchen ist von Anfang bis Ende täglich eine einzige wüste Anpöbelung aller Juden und Sozialisten. Verwunderlich ist nur, daß die Staatsanwaltschaft, die z. B. sehr eifrig die „unabhängige“ „Magdeburger Volkszeitung“ bearbeitet, Pot-tenrott fast ungestört sein Piratenhandwerk treiben läßt. In der Hebe gegen Rathenau hat der Mensch, bei dem man zur Entschuldigung höchstens einen geistigen Defekt annehmen könnte, seit langem besonderes geübt. In der Nummer vom Sonntag, dem 25. Juni 1922, in der er die Ermordung Rathenaus noch nicht berichtet, zieht er ihn wieder in der „Flanderecke“ in schamlosester Weise durch den Schmutz. Hier einige Proben der Aufreizung:

„In 20 Automobilen kamen dieser Tage eine Anzahl Holländer nach Stuttgart. Sie wollten den Ralischacht „Minister Berlepsch“ besichtigen. Auch wieder zu ein reaktionärer Name aus der verfluchten Monarchie, der jeden Genossen ärgern muß. Ich schlage deshalb vor, den Namen „Berlepsch“ zu entfernen und dafür „Rathenau“ oder „Döls“, was dasselbe ist, an den Förderrum zu schreiben. Und oben auf die rote Fahne mit dem Sowjet-horn zu pflanzen. Von wegen der Judenchaft, die den Schacht laufen will.“

Dann wird auf sozialistische Zeitungen geschimpft, auf Scheidemann, der das Attentat auf sich bestellt habe, auf die Republik, die bald erledigt sein werde. Pottenrott renommiert ferner damit, daß er einen „Judenengel“ in einem Paket am Argen gepackt und hinausgeworfen habe, hielt solche Taten als einzige Freude im Leben hin, entkräftet sich dann darüber, daß überall die Juden sich ausdrängen, und schreibt bezüglich eines Anrufes des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes:

„Und obwohl sich im Flur zwei große Daken-kreuze befinden und der Spruch: „Juden ist der Zutritt verboten!“ kommen doch tagtäglich die Un-verkämten der „außerwählten Rasse“ (oder heißt es: Die Auserwählten einer unverkämten Rasse) und begehren Zutritt. Manche sind sogar so frech, daß man sie mit Gewalt rauschmeißen muß. Denn die Krummnasen wissen, daß ein Rathenau in Deutschland regiert und daß die Juden-regierung in Neudeutschland ihr Beschützer ist. Ja — Juden regiert in Deutschland. Der arbeits Feind der Christenheit und des Deutschland will uns beherrschen.“

Weiter heißt es, die Juden wollen das Christentum aus-rotten, die Schulen verweltlichen, die Priester verhöhnen und zuletzt, wenn alle Menschen verrotzt und veriert sind, die Herrschaft an sich reißen und über alle die Sklavenpeitsche schwingen. Und dann kommt die indirekte Aufforderung zum Mord:

„Lieber Leser, haß du Ratten? Oder Wanzen? Was? Du verläßt sie. Na höre mal. Nach dem Bekenntnis deiner unbegrenzten Nächstenliebe muß ich doch mindestens an-nehmen, daß du dieses Ungeheuer ebenfalls haßt.“ Das sind Proben aus einem Artikel einer einzigen Nummer dieses Blattes. So geht es Tag für Tag.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, dem 28. Juni 1922.

Präsident Töbe eröffnete die Sitzung 1 Uhr 15 Minuten. In allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen werden: die Gesetzentwürfe über die Festhaltung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsplan 1922, die Neuordnung der katholischen Gebühren, vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen, die deutsch-polnischen Abkommen über Ober-Schlesien, deutsch-polnische Grenzabkommen und das deutsch-polnische Abkommen über das berg- und hüttenindustrielle Eigentum.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitszeit in Stein- und Zementwerken.

Abg. Pieper (USP.)

Führt aus: Selbst der durch die Ausschussberatung wesentlich verbesserte Gesetzentwurf kann uns nicht befriedigen, da er große Ungleichheiten enthält. Wir werden dennoch für dieses Gesetz stimmen, knüpfen aber daran die Forderung, daß die Ungleichheiten, die dieses Notgesetz bringt, bei der gesetzlichen Regelung über die allgemeine Arbeitszeit beseitigt werden. Man muß in diesem Gesetzentwurf einen Riß für die Ueberbrückung sehen. Selbst es doch in der Begründung der Regierung selbst, daß Ueberbrückungen unbedingt notwendig seien, deren Einführung jedoch auf den Widerstand der Bergarbeiter stößt. Die siebenstündige Arbeitszeit ist nach dem großen Bergarbeiterstreik im März-April 1919, der einer sechsstündigen Arbeitszeit galt, erreicht worden. Eine nach diesem Streik eingesetzte Kommission hatte die Frage der sechsstündigen Arbeitszeit prüfen sollen, das der Regierung übergebene Ergebnis waren drei Gutachten der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Wissenschaftler

für die sechsstündige Schicht.

Die Regierung hat jedoch nichts getan, um die sechsstündige Arbeitszeit durchzuführen. Man verlangt sogar noch Ueberbrückungen, trotz der geringen Löhne und trotz des schlechten Gesundheitszustandes der Arbeiter. Ueberstunden bedeuten einen Raubbau an der Gesundheit der Bergarbeiter. Die Hauptgründe für den Rückgang der Förderung liegen in der Abwanderung der Arbeiter im Ruhrgebiet, die auf die Lohnfrage zurückzuführen ist. Die Lohnfrage ist auch der Hauptgrund zur Ablehnung der Ueberbrückungen gewesen. In den Statistiken der Unternehmerpresse wird zwar behauptet, daß die Löhne bedeutend gestiegen und viel höher seien, als die der anderen Arbeiter. Wir legen nachdrücklich Verwahrung ein gegen solche gefälschte Statistiken.

Der Reallohn ist vielmehr dauernd gesunken

und die Lebensmittel ins Ueberhohe gestiegen. Im Bergbaugewerbe sind die Lebensmittelpreise noch viel höher, als es die Durchschnittsberechnungen des Reichsstatistikamts erkennen lassen. Die weiteren Ursachen der Abneigung gegen die Ueberbrückungen bestehen in der Schikanereweise der Bergarbeiter. Die Strafen nehmen überhand. Es herrscht äußerste Erbitterung wegen der Kürzung der Deputatslöhne. Kontrollreue schneitelt in den Wohnungen der Bergarbeiter herum, um den Verbleib der Deputatslöhne festzustellen. Das Knappschaftswesen muß geregelt und das Verprechen, das mehr als überfällig ist, von der Regierung endlich eingelöst werden: die Sozialisierung des Bergbaues. Sie ist die einzige Methode zur wirtschaftlichen Gesundung des Bergbaues. Die Bergarbeiter sind gewillt, Opfer zu bringen, jedoch nicht im Sinne des Aufbaues der kapitalistischen Gesellschaft, sondern im Sinne des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafte Beifall bei den US.)

In der Abstimmung werden die kommunalistischen Änderungsanträge abgelehnt, eine Entschließung über die Vorbereitung eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit der Angehörigen im Bergbau wird angenommen. Der Gesetzentwurf wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. — Bei der

zweiten Beratung des Arbeitsnachweisgesetzes

führt Abg. Aufhäuser (USP.) aus:

Als der Kanzler sich vor einigen Tagen zu den innerpolitischen Vorgängen geäußert hat, sprach er mit besonderer Wärme von dem hohen sittlichen Wert der Arbeiterschaft. Er hat dann von einer Gruppierung der Bevölkerungsschichten gesprochen und seine Rede ausklingen lassen in die sehr deutliche Parole: Der Feind heßt rechts! Wenn diese Kanzlerrede gleichzeitig Richtlinie für den innerpolitischen Kurs der Regierung darstellen sollte, wäre es in diesem Zeitpunkt unmöglich gewesen, dieses Gesetz in der Ausschussvorlage vorzulegen, wäre es für den Arbeitsminister eine Unmöglichkeit gewesen, sie warm zu empfehlen. Man kann nicht erst gegen die Feinde der Republik wettern und die Arbeiter zu dem Schutz für die Republik auffordern, und wenn es sich um die republikanischen Rechte dieser Arbeiter handelt, einfach eine Reingruppierung vornehmen, die Bürgerliche und Arbeiter scharf trennt. (Sehr wahr! links.) Nach seiner trefflichen Erklärung hätte der Kanzler sagen müssen, daß die Regierung um Zurückverweisung des Arbeitsnachweisgesetzes an den Ausschuss ersuche. Diese Ausschussvorlage bleibt weit hinter der Regierungsvorlage zurück; sie entspricht nicht nur nicht der Parole: „Der Feind heßt rechts“, sondern sie wendet sich

direkt gegen die Arbeiter und deren Organisationen.

Im 6. Ausschuss ist bei dieser rein wirtschaftlichen Vorlage ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten entschieden worden. Man hat verhindern wollen, daß die freien Gewerkschaften einen ihrer Größe entsprechenden Einfluß bekommen. Ich hätte eine Diskussion mit einem der prominentesten Arbeitnehmervertreter der Deutschnationalen Partei, warum die Deutschnationale Partei vor dem Kriege für den öffentlichen Nachweis eingetreten ist und jetzt gegen ihn. Seine Antwort bewies, daß für die Haltung seiner Partei rein politische Gesichtspunkte maßgebend sein: „Vor dem Kriege haben wir ein bismarckisches Deutschland gehabt, und heute leben wir in der Republik.“ Man hat nicht das Vertrauen, dem heutigen Staat die Autorität einzuräumen, wie dem Staat vor dem Kriege. Die bürgerlichen Parteien nehmen nicht die geringste Rücksicht auf ihre sozialdemokratischen Bundesgenossen, die Rechtssozialisten werden rückwärts los niedergerissen. (Sehr richtig! links.) Gegen den ausbrüchlichen Willen der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft will man diesen Entwurf verabschieden. Die Arbeitsvermittlung als solche ist durch öffentliche Nachweise, durch gewerbliche, durch caritative, durch Arbeitnehmervermittlung und Arbeitsvermittlung durch Protektion. Das alles läuft neben-, mit- und durcheinander. In der Regierungsvorlage war eine unauflösbare Reaktion für die Uebertragung des Monopolcharakters an den öffentlichen rechtlichen Arbeitsnachweis vorzusehen. Im Ausschuss hat man jetzt aber eine ganz eindeutige Monopolstellung für die nichtöffentlichen Nachweise geschaffen. Ja man hat sogar die Gründung neuer nichtöffentlicher Nachweise für zulässig erklärt. Die Unternehmer werden dafür sorgen, daß die Leistungsfähigkeit ihrer eigenen Nachweise aktiviert wird. Kein Unternehmer wird bei dem öffentlichen Nachweis die offenen Stellen anmelden. Man wird dann erklären, daß der öffentliche Nachweis sich nicht bewährt habe, daß die nichtöffentlichen Vermittlungen die besten Erfolge gehabt hätten. Das alles wagt man im selben Augenblick, wo man die Ar-

beiter auffordert, sich für die Republik zu opfern! Kein Arbeiter wird diese Dinge voneinander trennen und kann es auch nicht! (Lebhafte Zustimmung links.)

Dieses Gesetz ist kein Arbeiterschutzesgesetz, sondern ist tatsächlich ein Arbeitgeberchutzgesetz.

Die Verbindung der Arbeitsvermittlung mit den Organisationen der Arbeitgeber bezweckt nichts anderes, als eine Auslese der Arbeitskräfte nach bestimmten für die Arbeitgeber ausschlaggebenden Gesichtspunkten. Bei den Angehörigen liegt die gesamte Arbeitsvermittlung bis zu 90 Prozent in den Händen der einzelnen Verbände. Durch dieses Gesetz werden alle nichtöffentlichen Einrichtungen gestärkt. Der Höhepunkt ist jedoch, daß man selbst den Nachweis durch gewerbmäßige Stellenvermittlung weiter bestehen läßt. (Hört! Hört! links.) Dieses Gesetz ist für uns völlig unannehmbar. Dieselben Kräfte, die sich gegen die Erfüllungspolitik wenden, erklären im selben Augenblick, wo die Arbeiter befristet werden sollen: die Entente verlangt das. (Zustimmung rechts.) Die Entente verlangt doch nicht, daß die deutschen Arbeiter für dieses Arbeitsnachweisgesetz, das kein Arbeiterschutzesgesetz ist, Beiträge zahlen. Dieses Gesetz bedeutet nicht nur die Ablehnung unserer Forderungen, sondern auch gleichzeitig ein Vorbau für später. Diese Ausschussvorlage bedeutet einen völligen Sieg der wirtschaftlichen Reaktion und damit auch der politischen. (Sehr wahr! links.) Wenn die Arbeiter in den letzten Tagen vom Reichstag und der Regierung aufgefordert wurden, die Republik zu schützen, so ist es nichts mehr als die verdammte Pflicht des Parlaments und der Regierung, die Mindestrechte der Arbeiter zu sichern. Es ist ein unerträgliches Joch, daß man einen Tag die Arbeiter als die berufenen Träger der Republik zum Schutz dieses Staatswesens auffordert und ein oder zwei Tage danach mit der Reaktion, die zu bekämpfen man die Arbeitnehmer aufgerufen hat, ein Arbeiterschutzesgesetz macht! Die von dem Kanzler dargelegte Gruppierung darf nicht nur für ein Gesetz gelten; wenn sie Zweck haben soll, dann darf nicht in der Sozialgesetzgebung das Gegenteil getan werden. Das muß für alle Parteien gelten, die am Sonnabend Kampf der Reaktion schworen und heute mit der deutschnationalen Reaktion durch die und dünne gehen. (Zuruf vom Zentrum: Unerbört!) Ja, es ist unerbört. Damit zwingen Sie die Arbeiter, den Arbeitsmarkt nunmehr auch in den Mittelpunkt des sozialen Kampfes zu stellen, welchen bisher nur die Arbeitgeber als Kampfmittel benutzt haben. Und dann wollen wir mal abwarten, wer dabei der Sieger bleibt! (Lebh. Bravo! bei den US.)

Reichsarbeitsminister Braun: Die Kritik des Herrn Aufhäuser, daß sich diese Vorlage gegen die Arbeiter wendet, geht zu weit. Es gibt auch noch Arbeiter in dem Lager derjenigen Parteien, die für die Ausschussvorlage gestimmt haben. Das alles hat mit politischer Reaktion absolut nichts zu tun. (Widerpruch links.)

Nach weiterer Debatte vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Kavallo-Bertrag, Arbeitsnachweisgesetz, Getreidemlage, kleine Vorlagen. Schluß 8 Uhr.

Preussischer Landtag

Sitzung vom Mittwoch, dem 28. Juni.

Der Gesetzentwurf über eine Erhöhung der Beamtenbezüge wird in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Abg. Holz (USP.) führte dazu aus: Der vorliegende Gesetzentwurf erfordert Milliarden. Diese Summe würde ausreichen zu einer grundsätzlichen Aenderung der ganzen Beamtenbesoldungsordnung. Diese ist unbedingt notwendig. Eine harte Revolverung der Gehälter muß herbeigeführt werden, daß die Zahl der Besoldungsgruppen wesentlich verringert, der Unterschied zwischen den einzelnen Gruppen zugunsten der mittleren und unteren Beamten vermindert wird. Das Besoldungsgesetz von 1920 hatte gegenüber den Verhältnissen in der wilhelminischen Zeit einen gewissen Ausgleich gebracht, der aber keineswegs weit genug ging, sondern den unteren Beamten immer noch zu wenig gab. Wenn Ministerpräsident Braun neulich ausführte, daß die Arbeiter und unteren Beamten jetzt das Maß der Friedensgehälter hätten, die höchsten Gruppen, Minister usw. nur das 11- bis 12fache, so wird der Eindruck erweckt, als sei für die Arbeiter und unteren Beamten viel besser georgt worden als für die oberen Beamten. Es kommt auf die tatsächliche als Teuerungszulage und Gehaltsüberhöhung gezahlte Summe an, und wird diese von allen Gruppen angezogen, dann tritt die unsinnige, unerhörte Bevorzugung gerade der Beamten, die es am wenigsten nötig haben, ausfällig in Erscheinung. Die oberen Beamten erhalten mehr als ein ganzes Einkommen eines mittleren Beamten als Teuerungszulage. Wir sind augenblicklich leider nicht in der Lage, unsere Grundfragen für die Beamtenbesoldung zur Durchführung zu verhelfen. Wir werden aber nicht ablassen, in dieser Richtung tätig zu sein und zu gegebener Zeit das tun, was wir für nötig halten.

Gegen den auf Beschluß des Staatsrats vorgelegten Gesetzentwurf über die Außerkräftsetzung der Einführung einer Altersgrenze wendet sich der

Abg. Richtenheim (USP.): Wir bitten, das Gesetz ohne Ausschussberatung abzulehnen. Es verdient nicht einmal eine Gegenfrage.

Das Gesetz wird abgelehnt.

Bei der Weiterberatung des Haushalts des Finanzministeriums fordert der Demokrat Berndt energisches Einschreiten der Regierung gegen reaktionäre Beamte. Die Frage der Hohenzollernabfindung wird durch Reichsgesetz geregelt werden müssen.

Finanzminister v. Richter: Ich habe nicht nur die Staatsinteressen wahrzunehmen, sondern auch die des Rechts. Der Finanzminister verliert, die vielfach angegriffenen Beamten in Schutz zu nehmen; dabei kommt es zu einem Zwischenfall. Abg. Südemann (Soz.) ruft dem Minister und den volksparteilichen Abgeordneten zu: Gehen Sie doch heraus aus der Koalition und rufen Sie nach rechts! Bei Schluß der Ministerrede ertönt Rufen und Pfeifen.

Abg. Böhmig (SPD.): Die Arbeiterschaft ist die einzige Stütze der Republik, das haben die gefährlichen Demonstrationen in ganz Deutschland bewiesen. Aus diesen Kreisen heraus reißt sich der Wille zur Sicherung der Republik, in die Verwaltung hineinzukommen.

Abg. Ulmer (USP.):

Die Methoden, die heute der Finanzminister in Anwendung brachte gegen seinen Amtsvorgänger, den Abg. Südemann, sind nicht gerade fein zu nennen. Es zeigt sich der alte verabschiedete Bürokrat, der so schnell wie möglich von seinem Posten zu verschwinden hat. Ueberall ist man bestrebt, die Arbeitervertreter in den Verwaltungskörperschaften zu diskreditieren. Der Reichspräsident und die Arbeitsminister werden bei jeder Gelegenheit in den Schmutz gezogen. Die Frage der Hohenzollernabfindung ist durch die Vorgänge der letzten Tage in ein neues Stadium getreten. Diese Frage in der vom Finanzministerium beschlossenen Art und Weise zu regeln, käme heute einer Unterjochung der monarchistischen Bestrebungen gleich. Ein Finanzminister, der so verfahren würde, schädte als erster vor einem Staatsgerichtshof. Man spricht viel von einer „würdigen“ Regelung der Abfindungsfrage. Eine solche Art setzte aber auch

Wahrung der Würde und Zurückhaltung seitens der Mitglieder der früheren Dynastien voraus. Dasselbe ist jedoch der Kern der monarchistischen Propaganda. Anstatt der Verleumdung der Arbeitermassen, anstatt der Notlage der Kriegsopfer, die mit Beileidigen abgeleitet werden, erkläre ich: Nichtswürdig der Finanzminister, nichtswürdig das Parlament, die für das stuch- und schmachbeladene Hohenzollernhaus auch nur noch einen einsamen Groschen übrig hätten. (Lebhafte Beifall links.)

Nach einer kurzen Erwiderung des Finanzministers auf die gegen ihn erhobenen Angriffe wies

Abg. Ulmer (USP.)

nach darauf hin, daß der Finanzminister ängstlich vermeiden habe, sich rückhaltlos auf den Boden der Republik zu stellen. Die monarchistische Gefinnung der Volkspartei sei einwandfrei erwiesen. Die heutige reaktionäre Rede von Richter müsse seine letzte als Minister gewesen sein. (Lebhafte Beifall links.)

Nunmehr erfolgt die zweite Beratung des Haushalts des Landtags in Verbindung mit einem Ansuchen auf Abänderung der Geschäftsordnung. (Beschränkung der Redezeit.)

Abg. Weilmann (Soz.) bemängelt, daß bis jetzt noch nicht auf dem Landtag die republikanische Reichslage gelehrt worden ist. Er bittet um Annahme eines solchen Antrages.

Abg. Leib (USP.):

Wir treten dafür ein, daß jeder politische Standpunkt, gleichgültig ob von einer Fraktion oder einem Einzelmitglied vertreten, dargelegt werden kann. Insbesondere bei der allgemeinen Besprechung des Staatshaushalts, die eine Würdigung der Gesamtpolitik enthält, darf eine Beschränkung der Redezeit nicht stattfinden. Der gegenwärtige Zustand hat sich zu einer Beschränkung des Parlamentsrechts überhandt ausgewaschen. Auf das Landtagsgebäude gelehrt neben der Landesflagge als Beleg für die Republik die Reichsflagge. Wir erwarten, daß der Präsident dem Verlangen der Anwesenden nach Ueberführung in das Angehörigenverhältnis des Einflusses in eine höhere Gehaltsklasse bald nachkommen wird.

Die von der USP. gestellten Anträge werden abgelehnt. Der Haushalt des Landtags wird angenommen. — In der Beratung des Gesetzentwurfs über Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats nimmt das Wort der

Abg. Leib (USP.):

Wir können dem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Die Verfassung sagt über eine Entschädigung des Präsidenten des Staatsrats nichts. Die Annahme des Gesetzes bedeutet also eine Verfassungsänderung, die einer Zweidrittelmehrheit bedarf. (Bravo! links.)

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag, den 3. Juli, mittags 1 Uhr.

Die Getreidemlage abermals gefährdet

Die Beratungen über die Getreidemlage sind wiederum in ein sehr kritisches Stadium eingetreten. Der interfraktionelle Ausschuss hat gestern unseren Genossen Herz in seinen Verhandlungen hinzugezogen, um eine Einigung über den Umfang der Getreidemlagen und die Preisgestaltung herbeizuführen. In bezug auf den Umfang der Umlage konnte zwar ein Kompromiß erzielt werden, indem die Höhe der Umlage auf 2 1/2 Millionen Tonnen festgelegt wurde, anders aber in bezug auf die Preisgestaltung. Das Zentrum hielt an 8000 Mark pro Tonne für Roggen fest, während Genosse Herz nur 6500 Mk. zugestehen wollte. Schließlich erklärte sich das Zentrum bereit, auf 6800 Mk. zurückzugehen, aber es verlangte als Kompensation die Herabsetzung der Umlage auf 2,2 Millionen Tonnen. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie beschäftigte sich nachträglich mit diesem Vorschlag, beschloß aber, an ihren Forderungen festzuhalten.

Endlich ein Anfang

In den Schwurgerichtssälen des alten Kriminalgerichtsbauwerks in Moabit hängen immer noch, trotz der Revolution, Republik und feigen Ausreißer der Hohenzollern, Kaiserporträts — diese sind jetzt auf besondere Anordnung des Justizministeriums entfernt worden.

Wie wäre es, wenn der Berliner Polizeipräsident für die Räume der ihm unterstellten Abteilung IA endlich einmal dasselbe verfügen würde. —

Generalversammlung der Buchdrucker

Die Weigerung der Berliner Prinzipale, im Monat Juni innerhalb des Tarifausschusses zur Verhandlung über neue Teuerungszulagen zusammenzutreten, hat unter den Berliner Buchdruckern eine ungeheure Erregung geschaffen, die in der gestrigen Generalversammlung zum Ausdruck kam. Bei verschiedenen Firmen ist es deshalb bereits zu Differenzen gekommen, die durch Bewilligungen teilweise beigelegt wurden; zum Teil befinden sich die Personale bereits im Ausstand; umfangreiche Konflikte stehen zweifellos bevor. In der Generalversammlung selbst wurde die bisherige Lohnpolitik der Organisationsleitung, die durch die Anhänger der SPD. gestützt wurde, scharf verurteilt. Durch eine mit großer Mehrheit angenommene Resolution wird der Vorstand zur Einleitung kritischer Verhandlungen aufgefordert. Sofern kein Inerat erscheint, finden sich sämtliche Vertrauensleute am Sonnabend früh 8 1/2 Uhr zur Verwirklichung im Gewerkschaftshaus ein.

Sozialistische Elternbeiratsmehrheiten. Die am Sonntag in Maadburg vollzogenen Elternbeiratswahlen an den Volks- und Bürgerschulen ergaben für die Vize der Arbeitsgemeinschaft „Weltliche Schule“ 32 Sitze, für die „Christlichen“ 280. Auch die in Reib und in Stettin vorgenommenen Elternbeiratswahlen endeten mit schweren Niederlagen der Ruder.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kaus, Berlin; für den Inhalt: Emil Kaus, Berlin; für die Redaktion: Emil Kaus, Berlin. — Verlag: „Weltliche Schule“, c. o. m. b. H., Berlin. — Druck: von Gering & Heimer, c. o. m. b. H., Berlin, Sch. 68, Mittelstraße 75.

Makaroni

an Wohlgeschmack, Bekömmlichkeit und Reinlichkeit der Herstellung unübertrefflich. Köstliche Gerichte mit oder ohne Fleisch, rasch zubereitet.

Groß-Berlin

Das Eisenbahnunglück auf dem Nordring

Schon jetzt läßt sich mit ziemlicher Sicherheit sagen, daß die wirkliche Ursache des grauenhaften Unglücks wohl kaum festgestellt werden wird, da die Auslagen der Reisenden ziemlich weit auseinandergehen. Wahrscheinlich hat den Unfall nicht eine offene Tür des Zuges 1814 verursacht, sondern einer der Fahrgäste, der neben sich noch einen ziemlich großen Sack mit Koffen und ein Bündel Katten auf das Trittbrett gestellt hatte. Da die Gleise an der Unfallstelle so dicht beieinander liegen, daß, wenn zwei Jüge sich an dieser Stelle begegnen, nur noch zwei Zentimeter ein Raum von etwa 50 Zentimetern bleibt, so muß angenommen werden, daß das Kattenbündel mittelbarweise durch den Vortritt des entgegenkommenden Zuges in Bewegung kam, gestürzt wurde und schließlich die verunglückten Personen mit sich gerissen hat. So erklärt es sich auch, daß die Scheiben des verunglückten Zuges fast sämtlich zerschmettert sind, während die des anderen Zuges fast unversehrt blieben, und daß auch die Schwerverletzten fast nur Schädelbrüche und Querschnitte erlitten, während nur einer der Verletzten einen Unterschenkelbruch davongetragen hat. — Andere Augenzeugen wollen allerdings beobachtet haben, daß eine Tür des entgegenkommenden Zuges offengeblieben hat; jedenfalls liegen sich dann aber nicht die äußerlich schweren Verletzungen erklären. — Die Ermittlung der Namen der Verunglückten stieß auf Schwierigkeiten, da bei einer Reihe der verunglückten Personen keinerlei Ausweise über die Person zu finden gewesen sind.

Unter den Toten wurden bis jetzt festgestellt: Otto Leh, Doktor Fritz, Oskar Brille, Paul Kramski, Krüger, Wolff, Behren und drei Unbekannte im Leichenschauhaus. Dachdecker Richard Kitzner, Kurt Daffke, Hermann Perksch, Kellner Walter Scheffel, Fritz Feinich, Paul Moranz, Adam Reuber, Dellner, Michael Krenndt und ein Unbekannter im Jüdischen Krankenhaus. Wunderlich, Erdmann, Köster, Daumann und zwei Unbekannte in der Charité. Kurt Will im Virchow-Krankenhaus. Franz Berglouis im Städtischen Krankenhaus in Pankow. W. Gerkenberg und ein Unbekannter im Krankenhaus Am Friedrichshagen. Georg Anshor, Fritz Weidner, Alfred Klotz und ein Unbekannter im Hedwig-Krankenhaus.

Eine Mitteilung der Eisenbahndirektion befaßt u. a. die Eisenbahnverwaltung hat angesichts der überaus großen Gefahren für die Reisenden gegen die Unfälle des Mitfahrens angedacht der Abteile durch wiederholte Bekanntgabe in der Presse, durch besondere Ueberwachungsabteilungen und empfindliche bahnpolizeiliche Strafen dauernd angefaßt. Auch das Bahnpersonal läßt es an Ermahnungen nicht fehlen, läßt aber häufig nicht nur auf sein Verständnis für seine auf den Schutz der Reisenden gerichteten Bemühungen, sondern muß sich hierfür auch noch Grobheiten gefallen lassen. Alle unsere Bemühungen sind vergeblich, wenn die Reisenden nicht Selbstschutz üben und die gefährliche Außenfahrt von selbst unterlassen. Mit großen Gefahren für die Reisenden ist auch das Drängen auf den Bahnsteigen bei der Einfahrt von Zügen verbunden, wie der gestrige Fall in Färkenbrunn wieder beweist, wo eine Frau unter den einfahrenden Zug gedrückt und dabei tödlich verletzt wurde. Unter Hinweis auf die schweren Opfer, die die geschädigten Unfälle auf dem Nordring und in Färkenbrunn gefordert haben, richten wir deshalb an die Reisenden nochmals die dringende Mahnung, das gefährliche Mitfahren außerhalb der Abteile und das Drängen auf den Bahnsteigen bei der Einfahrt der Züge zu unterlassen. Bei der dichten Zugfolge bedarf es nur einer kurzen Verzögerung, um ungefahrdet mitzukommen. Sollte unserer Mahnung der Erfolg verweigert bleiben, wird es künftig zu unserem Be-

auern nichts anderes übrig, als im Falle des Nichtverhaltens der anderen Berliner Verkehrsmittel auch den Stadt- und Ringbahnbetrieb einzustellen. Wir weisen bei dieser Gelegenheit erneut auch auf die großen Gefahren hin, die mit dem vorzeitigen Öffnen der Bagentüren für die auf den Bahnhöfen stehenden Reisenden verbunden sind, und erziehen, auch dies zu unterlassen. An die Fabriken und Industrie-werke richten wir die Bitte, im Sinne der vorstehenden Ausführungen auflärend auf die Arbeitnehmer wirken zu wollen.

Gute Lehren

Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari machte kürzlich im Staatsrat in einer Polemik gegen die Kommunisten eine allgemeine Bemerkung, der wir durchaus zustimmen können. Er meint, daß die Mentalität der Deutschen immer „von oben“, von der Regierung ein Eingreifen erwarte. Der Gedanke an Selbsthilfe liegt offenbar den Deutschen nicht. In diesem Fall handelte es sich um Selbsthilfe der Mieter gegen Hausbesitzer, die den Wassergang nicht zahlen wollten und dadurch eventuelle Wasserabsperrung herbeiführen. Jetzt läßt sich Herr Dr. Caspari im „Tag“ über den „Tag“ in der Stadtverordnetenversammlung interviewen. Da hören wir's anders. Der Herr Vorsteher ist optimistisch — weil eine neue Geschäftsordnung angenommen werden soll, mit deren Hilfe man rentierlichen Stadtverordneten auf den Leib rücken will. Dr. Caspari liefert damit nur selber einen Beweis dafür, daß allerdings die Mentalität der Deutschen eine eigentümliche ist. Auf den Gedanken, daß die überreichliche Nervosität und Unsicherheit der Zeitung mehr als einmal Sturmjahren hervorrief, die bei einem Geschick mit Leichtigkeit hätten vermieden werden können, kommt er offenbar nicht. Ebenso wie das Arbeitstempo der Versammlung in sehr vielen Fällen ein anderes hätte sein können, wenn man in der nötigen Weise im Vorkontrollrat die Parteien zur Verständigung gebracht hätte. Die Idee aber, mit Hausrechtsparagrafen politische Leidenschaften auszuschalten zu können, die ist sicher, um mit Dr. Caspari zu sprechen — echt deutsch. „Wenn in der letzten Zeit die Sturmjahren mehr zurücktraten, so nicht, weil kommende Geschäftsordnungsmaßnahmen erdrückten, sondern weil diejenige, die manchmal überflüssige Vorliebe für „Belehrung“ gelaten, selber merkten, daß sie damit nur sich selber schaden. Daß Herr Dr. Caspari bei seinem Interview es noch für nötig hält, einzelne Vertreter der Linken besonders mit Namen zu nennen, zeigt nur, wie wenig er selber sich auf die Kunst einer wirklich unparteiischen und geschickten Zeitung der Geschäfte versteht.“

Wichtige Parteistellungen

Heute, Donnerstag nachmittags 3 Uhr, wichtige Sitzung der Bezirksleitung.

Heute, Donnerstag, 7 Uhr, Sitzung des Zentralvorstandes in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 8/9. Erscheinen aller dringende Pflicht.

Stadtverordnetenfraktion. Heute, nachmittags 3 Uhr, Fraktionssitzung im Zimmer 109.

Proletarische Feierstunden

Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus eine Feierstunde statt unter Mitwirkung von Männerchor, dem Bläser-Orchester und dem Sprechchor. Eintrittskarten zu 7,50 M. sind zu haben in der Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9, in der Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule und an folgenden Stellen: Norden: Restaurant Barleben, Burgdorf, Ecke Wildenowstraße; Restaurant Kroll, Utrechter Str. 2; Freizeitspedition Glische, Panstraße 60; Expedition Lohmann, Duffenstraße 43; Expedition Wuhl, Choriner Str. 68; Restaurant Hoffmann, Lohner Str. 8. — Osten: Restaurant Bittkau, Peterstraße Str. 5; Nahrungsgeschäft Dietrich, Romintener Str. 46; Restaurant Wer, Rannunstr. 9. —

Westen: Restaurant Kaiser, Gohlfeldstraße. — Neukölln: Freizeitspedition Emser Str. 2, Redarstr. 2. Süden: Aubring, Schönleinstr. 21, Ecke Urbanstr., Nahrungsgeschäft, und bei den Funktionären.

Großstadtelend

Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit. Der 22 Jahre alte wohnungslose Kaufmann Hans S. wurde nachts gegen 11 1/2 Uhr vor dem Hause Unter den Linden 14 auf einer Bank in bewußtlosem Zustande aufgefunden und nach der Charité gebracht. Ein Arzt stellte Vergiftung mit Sublimat fest und sorgte für seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Moabit. Arbeitslosigkeit hatte den jungen Mann zu dem Schritt getrieben.

Am Bettpfosten erhängt hat sich gestern in ihrer Wohnung in der Polener Straße die 44 Jahre alte Frau Helene A. aus noch nicht ermittelter Ursache.

Selbstmord eines Greises. Gestern vormittag wurde der 74 Jahre alte Invalide Albert F. in seiner Wohnung in der Dorfstraße in Tempelhof tot aufgefunden. Er hatte sich vergiftet.

An der Landstraße erhängt. An der Köpenicker Landstraße in Treptow fand man gestern früh die Leiche eines etwa 35 Jahre alten Mannes. Der Unbekannte hatte sich mit einem Taschentuch am Balken erhängt. Die Leiche des Mannes, der keinerlei Papiere bei sich hatte, wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und dem Schauhaus zugeführt.

Das Elend der Unehelichen

Mit trockenen Worten meldet ein Polizeibericht: Vermutliche Kindesaussetzung. Mitte Mai d. J. will die aus Bernburg zugereiste und aus Mecklenburg kommende Dienstmagd Müller in der Nähe des Bahnhof Friedrichstraße einem angebliehen Ehepaar aus Dresden ihren unehelichen ca. 1 1/2 Monate alten Knaben Hans übergeben haben, welches das Kind als eigen mit sich nehmen wollte. Den Namen des Ehepaares will die Müller nicht kennen und noch am demselben Abend Berlin wieder verlassen haben. Anzunehmen ist, daß die Müller sich ihres Kindes durch Aussetzen entledigt hat. Bisherige Nachforschungen waren jedoch vergeblich. — Wieviel Jammer verbirgt sich hinter diesen Traubänen, deren sich täglich hunderte in Deutschland abspielen?

Einen schweren Verlust hat unsere Partei im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf durch den plötzlichen Tod des dort als Bezirksverordneter tätigen Genossen Werkmeister Viktor P. a. r. erlitten. Er war seit Gründung der Partei zur U.S.P.D. gekommen und war hier, ebenso wie in der Gewerkschaftsbewegung, stets in hingebender Weise, ohne an sich persönlich zu denken, in vorderster Reihe tätig. Bis zur letzten Stunde hat er seine ganze Kraft in den Dienst unserer Weltanschauung gestellt und allen Genossen durch seine aufopfernde Pflichterfüllung als Vorbild gedient. Die Zeit der Einäscherung wird noch beklammert werden.

Politische Rundschau. Anlaßlich der letzten Mordattentate verhandelt das deutsche Friedenspartei am Montag, 3. Juli, 7 1/2 Uhr, eine Rundschau im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz; Mordhebe, Nationalismus und Erziehung. Redner: Graf Reher, Janak, Probel, Ernst Kemmer, Lydia Stöder, Max Hoddann, Paul Desreux. Karten zu 3.— Mark bei Berthelm, Voie & Voie und an der Abendkasse.

Säulen der Reaktion. Ein Genosse schreibt uns: Der beim Bezirksamt Mitte, im Bohnenmarkt 1a, Alexanderstraße 24, beschäftigte Dipl. Ana, Otto W., Hauptmann d. R., gehörte der reaktionären Clique an. Als am Sonnabend der gemeine Mordmord an Rathenau bekannt wurde, drückte er seine höchste Befriedigung in den Worten aus: „Es schadet gar nichts.“ Befragt über diese Schlußfolgerung, erklärte er mir weiter wörtlich: „Na, weil er ein Jude ist.“ Solche Fälle könnten wir hunderte aufzählen. Wir verlangen vom Magistrat, daß er endlich rücksichtslos durchgreift.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Eine autorisierte Uebersetzung von August Scholz, Herausgeber des „Vorwärts“ 1918 by Wilhelm & Co., Berlin.

(98. Fortsetzung.)

„Schön hat der liebe Gott alles eingerichtet,“ sprach er öfters. „Himmel, Erde, die Ströme fließen, die Dampfer eilen dahin. Man steigt ein und fährt, wohin man will: nach Njāsan, oder nach Rybinsk, nach Perm, nach Astrachan. In Njāsan bin ich gewesen — ein langweiliges Städtchen, langweiliger als Nishnij. Unser Nishnij ist eine lustige Stadt, die sich selbst lassen kann. Auch Astrachan ist langweiliger. Dort gibt's zu viel Kalmücken, die kann ich nicht ausstehen. Alle diese Nordmänner, Kalmücken, Perser, Deutschen und sonstigen Fremdvölker sind mir zuwider.“

Er sprach langsam, seine Worte suchten gleichsam vorsichtig tastend einen gleichgesinnten Menschen. Den fand er nun stets in dem Maurer Petruša.

„Fremdvölker heißen sie,“ sprach dieser voll Ueberzeugung, in seiner barschen Art, „weil ihnen Christus fremd ist, weil sie nicht seine Völker sind.“

Grigorij wird lebendig, glänzt übers ganze Gesicht. „Sage man, was man wolle,“ sprach er — „ich liebe mal das reine russische Volk. Auch die Juden liebe ich nicht, versteh' überhaupt nicht, wozu Gott der andern Völker bedarf. Sonderbar ist das eingerichtet.“

„Sonderbar, ja,“ bestätigte der Maurer finster, „viel Ueberflüssiges überhaupt.“

Dsipp hörte nach ihnen hin und sagte in seiner spizen Weise:

„Ueberflüssig ist vieles — eure Reden zum Beispiel, die sind ganz überflüssig. Ach, ihr Sektierer, prügeln sollte man euch alle.“

Dsipp hatte seinen eigenen Standpunkt, und man weiß nie, wenn er recht oder unrecht gibt. Zuweilen scheint es, als sähe er geringschätzig auf alle herab, als seien in seinen Augen alle miteinander halbe Narren, und er sagt zu Peter, zu Grigorij und Jesimuschka: „Ach, ihr Schweinsköpfe, ihr dummen jungen Hunde...“

Sie lächeln gezwungen, wenn er sie mit diesen Titeln beehrt.

Der Prinzipal hatte mir einen Fünfer täglich für Brot bewilligt. Das reichte nicht weit, und ich hun-

gerte ein wenig. Die Arbeiter merkten das und luden mich ein, an ihrem Frühstück und Abendbrot teilzunehmen, und die Arbeitsunternehmer nahmen mich mit in die Schenke zum Tee. Ich ging bereitwillig mit, sah gern unter ihnen, hörte ihre gemächlichen Reden und merkwürdigen Erzählungen an, während sie wiederum an meiner Belesenheit und Vertrautheit mit den kirchlichen Büchern Gefallen fanden.

„Hast dich gehörig drangehalten, dir den Kopf tüchtig mit Bücherweisheit gefüllt,“ meinte Dsipp, während er mich mit seinen kornblumenblauen Augen forschend ansah. „Ihren Ausdruck zu ergründen, war nicht leicht, da sie beständig schillerten und zu schmelzen schienen.“

„Bewahre dir diesen Schatz und mehre ihn,“ sagte er, „es verlohnt sich wirklich. Bist du mal groß, dann geh' unter die Mönche, kannst dem Volke viel Trost spenden, oder unter die Missionäre.“

„Missionäre,“ verbesserte ihn der Maurer in einem Tone, als hätte Dsipp ihn persönlich gekränkt.

„Missionäre heißt es... du weißt es doch, bist nicht taub.“

„Nun schön, also Missionäre. Wirft dich mit den Kegeln herumstreiten, oder laß dich selber unter die Kegel einschreiben — ist auch ein Amt, das seinen Mann ernährt. Wer nicht auf den Kopf gefallen ist, bringt sich auch mit Kegelei durchs Leben.“

Grigorij lacht verlegen, und Peter brummt in seinen Bart:

„Auch die Zauberer und sonstigen Gottlosen leben nicht schlecht.“

„Ein Zauberer braucht keine Buchweisheit,“ entgegnet ihm Dsipp rasch, „die paßt nicht zur Zaubererei.“

Und er gibt mir zugleich eine Geschichte zum besten: „Sag dir mal erzählen,“ sagt er, „von einem armen Kerl aus unserm Dorfe, der kein Stückchen Land sein eigen nannte. Tuschka hieß er und war ganz mager und zu gar nichts nütze. Lebte wie die Feder, die der Wind dahin und dorthin treibt, und drückte sich von der Arbeit, wo er nur konnte. Eines Tages nun begab er sich, weil er nichts Besseres zu tun hatte, auf die Pilgerfahrt und zog wohl zwei Jahre in der Welt umher. Und dann kam er plötzlich wieder, in ganz neuer Verfassung: das Haar bis zu den Schultern, auf dem Kopfe ein Rüppchen und am Reibe eine braune Kutte aus Teufelshaut. Sieht alle finster an und schreit

wild: „Tut Buße, ihr Verfluchten! Na, warum sollen sie nicht Buße tun? Die Weiber namentlich waren ganz verrückt darauf. Und nun ging das Geschäftchen glatt: Tuschka hatte zu essen, Tuschka hatte zu trinken, Tuschka war mit den Weibern höchst zufrieden.“

„Kommt's denn aufs Essen und Trinken an?“ unterbrach ihn der Maurer ärgerlich.

„Worauf sonst?“

„Auf das Wort.“

„In seine Worte bin ich nicht weiter eingedrungen, an Worten bin ich selbst reich genug.“

„Wir kennen ihn ziemlich gut, diesen Tuschka,“ knurrte Peter beleidigt, während Grigorij schweigend den Kopf sinken läßt und in sein Glas blickt.

„Das bestreit' ich auch nicht,“ erklärte Dsipp verächtlich. „Ich erzähl' nur hier unserm Maximitsch, wie man auf verschiedenen Wegen zu nem Stück Brot kommen kann.“

„Es gibt aber auch Wege, auf denen man ins Poch kommt,“ versetzte der Maurer.

„Freilich, freilich,“ stimmte Dsipp zu. „Man muß es eben verstehen, an der rechten Stelle abzulegen.“

Die frommen Biedermänner bekamen seine Spottreden häufig zu hören, mit Jesimuschka dagegen ging er ganz freundlich um. An den Gesprächen über Gott, über das Sektierenwesen, die Wahrheit, den Jammer des menschlichen Daseins, die von den andern geführt wurden, nahm Jesimuschka nicht teil. Er saß auf seinem Stuhle, den er seines Buckels wegen mit der Lehne seitwärts an den Tisch zu stellen pflegte, und trank ruhig Glas auf Glas seinen Tee, bis er plötzlich die Ohren spitzte, den Blick schon durch den verräuchernden Raum schweifen ließ, einen Augenblick in das wirre Durcheinander der Stimmen hineinlachte, dann aufsprang und rasch verschwand. Einer seiner zahlreichen Gläubiger hatte die Schenke betreten — das war der Grund seines rätselhaften Verhaltens. Es gab wohl ein gutes Duzend von Leuten, denen der Dachdecker Geld schuldig war, und da eilte von ihnen ihn prügeln, so ging er ihnen lieber aus dem Wege.

(Fortsetzung folgt.)

Grub Tolles „Mischelkammer“, ein Drama aus der Zeit der Ludwigsbewegung in England, in fünf Akten und einem Prolog, original im Großen Schauspielhaus, Berlin, den 30. d. d. d. d., zur Aufführung. Die Regie führt Herr Tolles.

Gewerkschaftliches

Gegen die Reaktion!

Die Funktionärversammlung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter beschäftigte sich gestern mit der Erhöhung des Sozialbeitrages. Die Beschlüsse der Versammlung sind durch die ungenügende Finanzierung der Reichs- und Provinzialverwaltung bedingt. Die Verwaltung schlägt daher folgende Sätze vor: Bei einem Verdienst über 700 M. wöchentlich 3 M., über 200 M. 2 M., unter 200 M. Verdienst 1 M. Eine Auszahlung der Unterzahlungen hängt von der Bemessung der Beiträge ab. Ohne Diskussion wurden die neuen Sätze von der Funktionärversammlung gebilligt. Die Abstimmung findet am Mittwoch und Donnerstag statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die anwesenden Funktionäre des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes richten an die Regierung anlässlich des schwebenden Rentenanspruchs auf den Reichsminister Rathenau die dringende Forderung, nunmehr eine gründliche Säuberung der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen vorzunehmen. Sie fordern das dringende Entzagen aus, daß es nicht wie am 9. November und nach dem Kapp-Putsch bei leeren Versprechungen bleibt, und daß zur Raumgewinnung solcher Beamten auf die Ausführungen der zuständigen Betriebsräte ausreichend Gewicht gelegt wird. Insbesondere erwarten sie eine sofortige Abberufung des gänzlich unzulänglichen Reichswehrministers und seines Stabes sowie eine Amnestie für alle politischen Märtyrer der Arbeiterbewegung.“

Zur Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie

Am 20. Juni fanden erneut Verhandlungen mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband über die Regelung der Löhne für den Monat Juni statt. Die Verhandlungen hatten folgendes Resultat:

Auf die Juni-Löhne wird für Lohn und Akkordbasis eine Zulage von 20 Prozent gewährt. Mit Wirkung vom 28. Juni 1932 wurde eine andere Fassung des Teiles III des Tarifvertrages vom 4. Mai 1921 vereinbart.

Heute, Donnerstag, findet eine Funktionär-Versammlung statt, wo die Kollegen zu dem Ergebnis Stellung nehmen werden.

Annahme des 11. Lohn tariffs der städtischen Arbeiter

Das Lohn tariff der Gemeinde-Betriebe nahm am Montag den 20. Juni Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen über den 11. Lohn tariff. Die Beschlüsse der Gewerkschaften und der Parteien über den Demonstrationstreik bekannt und forderte Kritik einzuhalten, da die städtischen Arbeiter nunmehr auch bewiesen müssen, daß sie für die Grundrechte der arbeitenden Bevölkerung eintreten. Ohne Diskussion wurden die Vereinbarungen anerkannt.

Au den Verhandlungen über den 11. Lohn tariff berichtete Polenske, daß nach dem Spruch des Schiedsgerichts beim Reichsarbeitsministerium die Tarifkommissionsmitglieder von der Forderung einer Teuerungsbefreiung von 1000 M. Abstand nahmen und der Stundenzulage von 3 M. zustimmten haben. Die weiteren Verhandlungen über die Juni-Löhne wurden durch die gleichzeitig stattfindenden Lohnverhandlungen der Reichsarbeiter beeinflusst. Nach den Verhandlungen mit der Tarifkommission und der Behandlung im Magistrat wurden folgende Sätze vereinbart:

Für ungelernte Arbeiter über 24 Jahre 20,95, nach einem Jahre 21,45; für angelernte Arbeiter über 24 Jahre 21,55, nach einem Jahre 22,05; für gelernte Arbeiter über 24 Jahre 22,00, nach einem Jahre 23,10. Arbeiterinnen erhalten 75 Prozent. Arbeiter und Arbeiterinnen von 21 bis 24 Jahren erhalten 90 Prozent, von 18 bis 21 Jahren 80 Prozent des festgesetzten Lohnes.

Der Magistrat will dafür Sorge tragen, daß sofort die Auszahlung erfolgt. Der Redner empfahl die Annahme ohne Urabstimmung.

In der Diskussion wurde die sofortige Auszahlung der neuen Löhne gefordert und die Unterhändler beauftragt, für neue Verhandlungen für die Aufhebung der Abkantung der Löhne nach dem Alter Sorge zu tragen. Nach kurzem Schlußwort stimmte die Versammlung dem Lohn tariff zu.

Kündigung des Reichs-Tarifvertrages für Behördenangestellte

Die vor einigen Tagen in der Presse von der Regierung veröffentlichte Notiz ist geeignet, Irrige Auffassungen in den Kreisen der betroffenen Angestellten entstehen zu lassen. Die Mitteilung, daß die bisherigen Versorgungsbedingungen beibehalten werden, trifft nach § 50 des Regierungsentwurfes nur bedingt zu. Und zwar für Angestellte, die bereits am 30. September 1932 beschäftigt waren und deren Versorgungsgruppe und Versorgungsbediensteter an diesem Tage nicht mehr freizügig waren.

Hierzu muß folgendes bemerkt werden: Kurzzeit unterzogen die Rufford-Behörden bzw. die Ministerialstellen die von den städtischen Dienststellen im Benehmen mit der gesetzlichen Angehörigenvertretung erfolgte Festsetzung des Versorgungsbediensteter in mehr als 50 Prozent der Gesamtzahl der Angestellten einer Nachprüfung. Es werden sich die Fälle, in denen die bisherige Festsetzung von den vorgenannten Behörden auf Grund einzelner von der Regierung betragender Ausführungsbestimmungen, welche teilweise tarifwidrig sind, nicht nur geändert werden, sondern in welchen auch von den Angestellten erhebliche Rückschlüsse hinsichtlich der Angehörigen herbeiführen werden können. Die von den Organisationen zuzunehmenden herbeiführen herbeiführen werden von der Regierung nicht anerkannt und sind auch nicht für verbindlich erklärt.

Au der nunmehr erfolgten Kündigung des gesamten Tariffes ist folgendes zu sagen: Einigen den künftigen Abständen, nach welchen die Regierung für den Monat Mai Verhandlungen in Aussicht stellte, von deren Ergebnis sie ihre Stellungnahme zu einer eventuellen Kündigung abhängig machen wollte, ist, ohne daß diese Verhandlungen stattgefunden haben, überraschenderweise die Kündigung erfolgt. Der Entwurf der Regierung, welcher 67 Paragraphen umfaßt, bedeutet eine weitestgehende Vereinfachung des gegenseitigen Tarifvertrages insofern, als der zurzeit bestehende paritätische Ausschuss, welcher Streitfälle über die bisher erfolgte Einleitung endgültig entscheidet, vollkommen beseitigt, und die Anrechnung von Dienstjahren um ein Erhebliches eingeschränkt wird. Außerdem sind die im Paragraphen 14 des Regierungsentwurfes den Angestellten auferlegten Pflichten in ihrer Auswirkung gar nicht zu übersehen.

U.S.P.-Buchdrucker. Unsere Verhandlungs-Delegationen werden gebeten, sofort Namen und Delegationsort an die Adresse des Kollegen Rudolf von der Ha, Leipziger-Bühnenau, Kaiserstraße 3, gelangen zu lassen. Persönliche Meldungen können im Tagungslokal (Betriebsratssekretariat) Volkshaus, Vordergebäude 4 Treppen beim Kollegen Hilger erfolgen.

Sperre. Die Bauhilfsarbeiter Berlins sowie die Arbeitnehmer in den Betrieben für gelöste Bleche haben in der Branchenversammlung am 22. Juni nach dem Bericht der Tarifkommission, worin dieser Branche vom Schlichtungsausschuss ein Zuschlag von 30 Prozent zugesprochen wurde, den Schiedspruch fast einstimmig abgelehnt und beschlossen, am Freitag, den 23. Juni ihren Arbeitgebern in jedem Betrieb die Forderung vorzulegen und bei Ablehnung über Arbeitsniederlegung abzustimmen. 58 Betriebe mit 1200 Kollegen haben die Arbeit niedergelegt, eine Anzahl Betriebe haben die Forderungen bewilligt. Am Sonnabend, den 24. Juni beschlossen die Arbeitgeber auszusperren. Bis zur Stunde sind als ausgesperrt gemeldet 8 Betriebe mit 52 Beschäftigten. Wir ersuchen alle Kollegen, wenn ihnen

Arbeitsangebote gemacht werden, sich an die Streikleitung Linienstr. 105 zu wenden.

Der Streik im Futterrohhandel ist beendet, und zwar durch Verhandlung mit den Arbeitgebern vor dem Demobilisierungskommissar am 20. Juni 1932. Eine am gleichen Tage stattgefundenen Versammlung der Streikenden nahm den Bericht der Verhandlungskommission entgegen und erklärte sich mit der getroffenen Vereinbarung einverstanden. Die Arbeit ist am Dienstag früh in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Aufzeichnungen der getroffenen Vereinbarungen sind im Verbandsbüro, Engelauer 24-25, Zimmer 38 oder Zimmer 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Geiler. Bei der am 24. Juni stattgefundenen Urabstimmung über Festsetzung der Sozialbeiträge wurden abgegeben 2272 Stimmen. Für die erhöhten Sätze stimmten 1262, gegen 848 und ungültig waren 62 Stimmen. Damit ist die Vorlage der Ortsverwaltung angenommen und betragen ab 1. Juli die Sozialbeiträge: für die 6. Klasse 1 M., 5. Kl. 2 M., 4. Kl. 3 M., 3. Kl. 4 M., 2. Kl. 5 M., 1. Kl. 6 M.

Jalousie-Arbeiter. Die Branche der Jalousie-Arbeiter steht in einer Lohnbewegung. Die Arbeiter der bewilligten Firmen haben von der Branchenleitung eine weiche Ausweitung. Die Jalousie-Arbeiter der Firma Freese, Berlin-Niederischdörfchen, Markensburger Str. 7, sind als Arbeitswillinge zu behandeln. Wir ersuchen die Banarbeitler, dieses besonders zu beachten. Deutscher Holzarbeiterverband.

Zentralverband der Hotels, Restaurants und Café-Angestellten. Donnerstag, vier große allgemeine Versammlungen. Nachmittags 5 Uhr Sophienstraße, Sophienstr. 17/18. Nachts 1 Uhr: Residenz-Hotels, Landwehrer Straße 31, Armin-Gallen, Kommandantenstr. 58, Auguste-Viktoria-Säle, Pütherstraße 31/32.

U.S.P.-Fraktion im Buchbinderverband. Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Saal 2 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 25, wichtige Fraktionsversammlung. Starke Teilnahme erwartet. Der Fraktionsvorstand.

Partieveranstaltungen

Donnerstag, den 29. Juni 1932.

Kaufhaus-Bezirk. Die heutige Sitzung der kommunalen Kommission 1932 aus Obersteinberg. Mitgliederversammlung im Kaufhaus, Beschlusseinstellung: 7 1/2 Uhr. Mittags-Lageveränderung, Geschäftsleitung 12 Stunde früher.

1. Verwaltungsausschuss Mitte 1., 2. und 3. Bezirk. Die Verhandlung findet heute abends 7 1/2 Uhr bei Rudolf, Kaiserstr. 41, statt. Das politische Verhältnis aller Mitglieder ist wegen der künftigen Lageveränderung unbedingt erforderlich.

2. Verwaltungsausschuss (Mittelbezirk, Schmaroderstr., Grenzweg). Abends 8 Uhr Verhandlung und Abstimmung bei Rudolf, Rosenburger Str. 21.

3. Bezirk, Berlin-Mitte. Die Sitzung bis 15 Jahre finden sich Donnerstag, den 29. Juni 1932, in der Arbeitsniederlegung, Punkt 4 Uhr, ein. Gedanke, Reiser und Käse werden eingeleitet. Liebeslieder mitsingen. Aufzug am 9. Juli nach Oberste.

Reinhold-Bezirk. Abends abends im Volkshaus, Schmaroderstr. 7 1/2 Uhr Vortrag der Gewerkschaft: Die Frau im Sozialismus.

Schwarzenberg-Friedensau. Anfall der irrlich erschienenen Notiz findet der Schiedsgericht Kommission, 8 Uhr, bei Jürgen, Barbarossastr. 10, für den 8., 10. und 4. Bezirk bei Jürgen, Barbarossastr. 10, für den 7., 8. und 9. Bezirk Schiedsgericht, 11. Bezirk, Gemeindefriedensau bei Frau, Hammerstr. 50. Der Schiedsgericht nimmt am Jubiläum Geburte, 60 teil.

Freitag, den 30. Juni 1932.

13. Bezirk. Abends 7 1/2 Uhr bei Käse, Schiedsgericht, 11. Sitzung der kommunalen Kommission einschließlich aller ehrenamtlich Tätigen. Erscheinen aller Gewerkschaften in Pflicht.

Vereinskalender

Donnerstag, den 29. Juni 1932.

Verband der Geiler, Taxisterei und Vertriebskräfte! Abends 7 Uhr Fortsetzung der Generalversammlung bei Heller, Waisenstr. 17.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe Ost und Mitte. Gruppenversammlung, abends 7 Uhr, in Bille's Hof, Schiedsgericht, 20. Lageveränderung: Bericht über unsere Lohnverhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar und Geschäftsleitung über Streit über nicht Streit.

Vertriebskräfte und Handwerker und dem Textilgewerbe! Abends 8 Uhr in der Schiedsgericht, Sitzung des Schiedsgericht (Neue Friedenstr.), Sitzung abends 8 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung der Damenklub und Reparaturvereine bei Müller, Gedächtnisstr. 20.

HERMANN Tietz BILLIGE

Verkauf nur soweit Vorrat

Süsse Kirschen Pfund **3²⁵**

Rhabarber Pfund **50** Pl.

Corned beef Pfund **30⁰⁰** Salat Kopf von **50** Pl.

Rotwurst Pfund **45.00** Schmitlauch Bund **75** Pl.

Landleberwurst Pfund **45.00** Möhren Band **4.95**

Bauernmellwurst grobe, Pfl. **58.00** Schlangengurken 516 & v. **7.50** am

Weinbrand-Verschnitt ** 1/2 Fl. **37⁵⁰** 1/4 Fl. **67⁵⁰**

Deutscher Weinbrand *** 1/2 Fl. **42⁵⁰** 1/4 Fl. **78⁵⁰**

Rackies Export-Apfelwein 1/2 Fl. **12⁵⁰**

Fleisch Alexandrpl.

Kalbsrücken frisch Pfund **36⁰⁰**

Kalbskamm u. Brust frisch Pfl. **38⁰⁰**

Kalbskeulen frisch Pfund **40⁰⁰**

Rindfleisch ohne Knochen, gefroren Pfund **38⁰⁰**

Hammelrücken gefroren Pfund **28⁰⁰**

Hammelblatt gefroren Pfund **30⁰⁰**

Schweinenieren gefroren Pfund **11⁰⁰**

Himbeer-, Johannisbeer-, Kirschsaff 3/4 Fl. **35⁰⁰** 1/2 Fl. **62⁵⁰**

mit Raffinade einhochsch.

Verkauf nur soweit Vorrat

Neue Kartoffeln Pfund **8⁰⁰**

Matjes-Heringe Stück **5⁷⁵**

Stachelbeeren Pfund **7⁰⁰** Kaninchen gefroren Pfund **13⁵⁰**

Blaubeeren Pfund **12.75** Rehlblätter Pfund **44.00**

Grüne Schoten Pfund **8.00** Camembert Vollsch. Schiedsgericht **12.75**

Seelachs ohne Kopf, im ganzen Pfund **12.50** Weisser Käse Pfund **13.00**

1920er Partenheim. Geiersberg 1/4 Flasche **22⁵⁰**

Montagna-Rotwein 1/4 Flasche **32⁵⁰**

Johannisbeerwein 1/2, 25⁰⁰

Zu 1/2 Literzuschlag auf Wein

Glauben Sie an Sympathie?

Wir glauben fest daran. Wir halten sie für das einzige wirkliche Mittel, um unsere Rundschaft zu erhalten. Deshalb legen wir so großen Wert darauf, daß jeder, der eines unserer 34 Geschäfte besucht hat, dies mit dem Gefühl verlassen soll, hier bist du gut bedient worden, hier kannst du mit Vertrauen wieder kaufen. Ihre Sympathie ist es, auf die wir Wert legen. Vielleicht ist uns nicht immer geglikt, was wir erstreben, aber es ist unser aufrichtiger Wunsch, uns die Sympathie unserer Kunden zu erwerben und zu erhalten. Und sollte es bei einem der vielen Leser dieser Zeilen

uns nicht gelungen sein, so bitten wir hiermit aufrichtig darum, uns jetzt noch Gelegenheit zu geben, den Fehler wieder gutmachen zu dürfen, ganz gleich, wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es uns kosten mag. Schreiben Sie uns ein paar Zeilen oder, besser, besuchen Sie uns am Spittelmarkt, Wallstr. 1, im Direktionszimmer, zum mindestens telefonieren Sie uns unter Zentrum 11 218. Wir möchten gern jedem, der Augengläser benötigt, so helfen, wie es es erwartet. Kein Mittel wollen wir dabei unversucht lassen. Nur darum geben wir unsere Garantie, wonach wir jeden Metallteil der Double- und Goldfassung umsonst reparieren oder neu erfegen in der Garantiezeit

von 1-4 Jahren. Nur darum garantieren wir für passende Augengläser und verpflichten uns zum Umtausch, bis Sie diejenigen Gläser gefunden haben, die Ihnen behagen. Doch nur in seltenen, ganz außergewöhnlichen Fällen wird solch Umtausch erforderlich sein, weil unser tüchtiges Personal sachmännlich gründlich genug vorgebildet ist auf dem Gebiet der Augengläserverordnungsung. Im eigenen Interesse eines jeden, der Augengläser benötigt oder mit seinen jetzigen nicht zufrieden ist, oder dessen Fassung nicht gut sitzt, wünschen wir, daß er eines unserer Geschäfte besuchen möge, wahrscheinlich wird er dann ebenfalls aus Ueberzeugung und Sympathie sagen, wie so viele Tausende vor ihm:

Sind's die Augen - geh zu Ruhnke!

C Spittelmarkt Alexander-Platz nahe Wilmersdorf Königsstr. 55 gegenüber Reichens SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Jantorf	W Friedrich-Str. 193 a Ecke Leipziger Str. Leipziger Str. 113 Ecke Wasser-Str. Cmt-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.	SO Oranien-Str. 44 zwischen Woll- und Oranien-Platz S Rosbacher Damm 10 nahe Jantorf O Frankfurter Allee 14 nahe Kles	N Friedrich-Str. 106 Ecke Jäger-Str. SW Invaliden-Str. 164 Ecke Tramm-Str. N Invaliden-Str. 117 am Stralauer Wtl.	NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorstener-Str. N Chaussee-Str. 72 nahe Woll-Str. S Schönhauser Allee 81 am Wtl. Westberg	Charlottenburg: Leventin-Str. 15 Ecke Markgraver Str. Joachimshofer Str. 2 nahe Wtl. Jant. Wilmersdorf: Berlin Str. 112-33 nahe Woll-Str.	Schöneberg: Haupt-Str. 31, Ecke Wilmers-Str. Friedenauer: Rhein-Str. 14, Ecke Reich-Str. Neudamm: Berg-Str. 4, Ecke Reich-Str. Spandau: Treibe Str. 14, nahe Woll-Str.
--	---	--	---	---	--	--

33 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Döbeln Fabriken in Berlin und Rathenow